



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

VII/167 - 23.7.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Paul Loebe zum Tode Carl Severings	S. 1
Die DSP an die Regierung Hoffmann	S. 4
Niedergang des Parlamentes - von Wilhelm Mellies,	S. 6
M.d.B.	

Carl Severing

Von Paul Loebe

Wer sich am Werk der Menschheit übt,
Wer treu sich blieb am Sein und Schein,
Wer seiner Heimat Erde liebte,
Dem wird sie keine Bürde sein.

Unter einem Familiengrabstein mit dieser Inschrift wird Carl Severing in die Erde gebettet werden. Er hat seinen Namen in die deutsche Geschichte der letzten vier Jahrzehnte tief eingegraben. Seinen Erinnerungen wollte er zunächst den Titel "Vom Schraubstock zum Ministersessel" geben und in diesen Worten faßt sich wirklich sein seltener Lebensgang zutreffend zusammen. Den Spitznamen "Der kleine Metallarbeiter" mußte er noch einstecken, als sein üppiger Haarschopf weiß geworden und sein Wirken im Urteil der Welt oft scharf umstritten wurde.

Severing war am 1. Juni 1875 in Herford in Westfalen geboren. Der begabte Volksschüler hätte nach dem Wunsche seines Religionslehrers Pfarrer werden sollen, ihm selbst schwebte eine Zukunft als Musiker vor. Beides war bei der Armut des Elternhauses unerfüllbar und da ihn auch die vom Vater vorgeschlagene Schneiderzunft nicht lockte, suchte er sich selbst einen Schlossermeister als Lehrherrn aus. Dessen Mißtrauen mußte er zunächst durch festes Zugreifen überwinden, hat aber später in Bielefeld, Barmen und Zürich seinen Mann als Schlosser gestellt.

Benjamin des Reichstages

Bald holten ihn die Berufskollegen an die Spitze ihres Fachvereins. Er leitete schon als Jüngling heftige Lohnkämpfe, trat in den Vorstand des schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes ein und setzte diese Tätigkeit nach der Rückkehr in die Heimat fort. Dann griff er über dieses Feld hinaus in die politische Arena, leitete die "Volkswacht" in Bielefeld und wurde Fürsprecher der Armen in der Stadtverordnetenversammlung dieser Wahlheimat. Schon 1907 wurde er in den Deutschen Reichstag gewählt, als "Benjamin" des Parlamentes schaltete er sich munter in die Debatten ein.

In den Wirren der Jahre 1918-1919 entsandten ihn die Volksbeauftragten als Reichskommissar ins Ruhrgebiet, wo umfangreiche Streiks der Bergleute und Hüttenarbeiter durch verständnisvolle Vermittlung beendet werden sollten. Seine Sachkunde, sein Taktgefühl und seine feste Haltung führten zum Erfolg, brachten ihn aber zum zweiten Male in die gleiche schwierige Situation. Als nach dem Kapp-Putsch im März 1920 die Spartakisten-Aufstände für eine deutsche Räte-Republik zu blutigen Zusammenstößen führten, entsandte man ihn abermals in das unruhige Gebiet. Die überaus schwierige, sorgenvolle und undankbare Aufgabe hat damals aus dem liederfrohen Sohn des Weserlandes den ernstesten, zurückhaltenden Arbeiterführer geprägt, dem man eine Bürde nach der anderen auf die Schultern legte - als Minister des Inneren in Preußen und wiederholt als Reichsinnenminister. Schon damals rüttelte Krankheit an dem zarten Körper, mehrmals mußte er sein Amt aufgeben. Aber kaum leidlich gesundet, holte man ihn immer wieder an den verantwortungsvollen Platz.

Severing und der Papen-Putsch

Erst der Preußen-Putsch des Herrn von Papen am 20. Juli 1932 beendete diese Ministerlaufbahn. Der äußere Ablauf dieser Austreibung der sozialdemokratischen preußischen Minister aus ihren Amtsräumen trug ihm (und Otto Braun) innerhalb und außerhalb seiner Partei manch bitteren Tadel ein. Man verübelte es den beiden, daß sie sich widerstandslos der Gewalt gebeugt und die preußischen

Demokraten nicht zur gewaltsamen Abwehr aufgerufen hatten. Aus vielen persönlichen Unterredungen mit ihm und in seinen Erinnerungen sind seine Motive klar erkennbar. Severing glaubte, ein Blutvergießen vermeiden zu müssen, das nach seiner Ansicht zu keinem Siege des Volkes über die Kamarilla geführt hätte. Dadurch, daß Papen dem alten Hindenburg den Ausnahmezustand abfeilschte, bekam seine Aktion den Charakter einer verfassungsmäßigen Maßnahme. Wer sich gewaltsam dagegen aufbäumte, hätte also die Reichswehr, Teile der Polizei, den Stahlhelm, die SA und SS gegen sich gehabt und diesem Aufgebot hätte das ziemlich waffenlose Reichsbanner unterliegen müssen. Severing sah diese Entwicklung als zwangsläufig an, er wollte die Scharen kampfwilliger Mitglieder des Reichsbanners und der Eisernen Front nicht vergeblich ausbluten lassen. Ob diese Ansicht nach allem, was schließlich geschehen ist, aufrecht erhalten werden kann, muß dem Urteil der Geschichte überlassen bleiben. Daß Severings Haltung den reinsten Motiven entsprang, wird kein ehrlicher Mensch bezweifeln.

Carl Severing blieb 1933 im Lande. Ihm ist manches äußerliche Martyrium erspart geblieben, das zahllose seiner Freunde erleiden mußten, die seelischen Qualen konnte ihm niemand abnehmen. Als 1945 die Katastrophe des Landes zur Kapitulation der Schreckensherrschaft führte, ist er als einer der Ersten wieder ins politische Kampffeld getreten. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen und in seiner Bielefelder Heimat stellte er sich wieder in Reih und Glied, solange seine Körperkraft es zuließ. Fast 60 Jahre seines Lebens widmete er dem Bemühen, den Arbeitern und den Armen den Weg zum Licht zu öffnen.

+ + +

Das Beiwort "deutsch"

(Eine Stellungnahme der DSP)

Der Landesvorstand der DSP an der Saar hat an das saarländische Innenministerium einen Brief gerichtet, der zu dem vorläufig ablehnenden Bescheid der Saarregierung in der Frage einer Zulassung der DSP und zu der Forderung der Saarregierung Stellung nimmt, die Antragsunterlagen für die Registrierung zu vervollständigen. Es wird darin u.a. ausgeführt:

„Die Frankfurter Erklärung über Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus ist nicht nur für die DSP sondern für die sozialistischen Parteien aller Kulturstaaten die Grundlage ihres politischen Handelns; sie nimmt Stellung zu allen Grundprinzipien, die in der Saarverfassung verankert sind. Diese unabdingbaren Grundforderungen internationaler sozialdemokratischer Politik erübrigen die Aufstellung eines besonderen Parteiprogrammes. Die DSP kann sich daher nur ein aus der Erklärung der Sozialistischen Internationale hergeleitetes und auf die saarländischen Verhältnisse abgestimmtes Aktionsprogramm geben.

Zu den besonders herausgestellten Punkten, nämlich Autonomie des Saarlandes, wirtschaftlicher Anschluß an Frankreich und politische Abtrennung von Deutschland erklärt das Aktionsprogramm wörtlich:

„Die Deutsche Sozialdemokratische Partei stellt fest, daß die Bevölkerung des Saarlandes keine nationale Eigenständigkeit besitzt und Teil des deutschen Volkes ist. Sie setzt sich dafür ein, daß die Menschen an der Saar ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk frei bekennen und über das Geschick des Saarlandes, das erst in einem Friedensvertrag mit Deutschland festgelegt werden soll, in Freiheit und Unabhängigkeit selbst mitentscheiden könne“.

Die DSP betrachtet also den gegenwärtigen Status der Saar, dem die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung durch ein internationales Statut fehlt, als ein Provisorium, dessen in Artikel 60 der Verfassung niedergelegter Charakter als autonomes Land die staatsrechtliche Zugehörigkeit zu Deutschland nicht ausschließt. Unter Berücksichtigung der Zugehörigkeit der Saarbevölkerung zum deutschen Volke tritt die DSP bei einer endgültigen Regelung für den Verbleib der Saar bei Deutschland ein.

Der in Präambel und Artikel 60 der Verfassung begründete wirtschaftliche Anschluß an Frankreich einschließlich Zoll- und Währungseinheit ist ebenfalls als Provisorium anzusehen und bedarf der endgültigen Regelung durch Friedensvertrag oder ein ihm gleichzusetzendes Abkommen. Anstelle der einseitigen wirtschaftlichen Bindungen der Saar an den französischen Wirtschaftsraum, die durch die Konventionen, die automatische Anwendung französischer Wirtschafts- und Steuergesetze und durch die Einschränkung des Güteraustausches mit Deutschland praktiziert werden, erstrebt die DSP allseitige Wirtschaftsbeziehungen, wobei den speziellen saarländisch-lothringischen Wirtschaftsbedürfnissen durch vertragliche Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich Rechnung zu tragen ist.

Das Beiwort "deutsch" im Namen DSP dient der eindeutigen Unterscheidung von den Saarparteien, die durch ihre Politik die Separation der Saar von Deutschland unterstützen. Im übrigen hat das Wort "deutsch" die gleiche Bedeutung wie das Wort "française" im Namen der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO - Section française de l'Internationale Ouvrière). Es bezeichnet die Nation, in deren Rahmen die betreffende Sozialistische Partei ihre nationalen und internationalen Ziele verfolgt.

Die DSP lehnt jede nationalistische Politik, die z.B. in offenen oder verschleierten Annexionen ihren Ausdruck findet, ab und bekennt sich zum wahren Internationalismus."

+ + +

Seit kurzer Zeit läuft über den Pariser Langwellen-Sender eine Beitragsfolge, in der ein Herr Frédéric Botcher sich allabendlich für die Stabilisierung der französisch-saarländischen Wirtschafts-Union einsetzt. Mit anerkennenswerter Offenheit macht er seinen französischen Hörern die Vorteile dieser Wirtschafts-Union klar. Dazu stellte er kürzlich fest:

"Weiter möchten wir darauf hinweisen, daß die französisch-saarländische Wirtschafts-Union mit einer 34%igen Produktion in der Gemeinschaft des Kohle- und Stahlpools auftritt. Wenn nun eines Tages das Saarland völlig an Deutschland angeschlossen würde, dann betrüge die Produktion Frankreichs an Kohle und Stahl nur mehr 24% der Gesamtproduktion des Kohle- und Stahlpools, während Deutschland und die Saar eine Produktion von 42% verzeichnen könnten. Bemerkenswert ist weiter, daß durch den Währungsanschluß des Saarlandes an Frankreich die französischen Devisen durch die saarländischen Exporte jährlich um 10 Mrd ffrs bereichert werden. Wenn man weiterhin überlegt, daß das Saarland finanziell gesehen von seinen eigenen Mitteln lebt und daß aufgrund dieser Tatsache das französische Vermögen durch die Hinzufügung des saarländischen Vermögens eine Steigerung von 20 Mrd ffrs erfahren hat, dann haben wir mit dieser Überlegung unsere Landsleute, denen das Wohlergehen Frankreichs am Herzen liegt, vor die französisch-saarländischen Realitäten gestellt".

+ + +

Niedergang des Parlaments

Von Wilhelm Mellies, M.d.B.

Das erste Parlament der Bundesrepublik hat neben der Fülle und Schwere der gesetzgeberischen Arbeit auch die Pflicht, den Grund für eine gute parlamentarische Tradition zu legen. Leider kann man nicht sagen, daß der erste Bundestag diese besondere Aufgabe immer gesehen hat. Die durch das Grundgesetz gegebene Stabilität der Regierung hat leider dazu geführt, daß die Mehrheit des Parlaments sich fast stets nur als der verlängerte Arm der Bundesregierung gefühlt hat: Wenn der Kanzler dem Parlament seine Mißachtung sehr auffallend kundgab, fand er Beifall bei der Mehrheit des Hauses; wenn der Staatssekretär im Auswärtigen Amt darauf hinwies, daß er die letzte Formulierung einer Vorlage während der 2. und 3. Lesung soeben dem Präsidenten überreicht habe, fand er ebenfalls Beifall bei der Mehrheit. Diese Mehrheit hat offenbar kein Empfinden dafür, daß sie damit dem Ansehen und der Würde des Parlaments schweren Schaden zufügt.

Die letzte Sitzungswoche vor den Ferien bewies, daß die Mehrheit immer mehr dazu übergeht, den eigentlichen Sinn der parlamentarischen Demokratie - die echte politische Auseinandersetzung - zu sabotieren. Viel stärker als bei jeder früheren Gelegenheit wurde bei der Beratung des Betriebsverfassungsgesetzes deutlich, daß die Mehrheit des Bundestages nicht gewillt ist, sich bei den entscheidenden Fragen dieser echten parlamentarischen Auseinandersetzung zu stellen: Sie läßt die Opposition argumentieren ohne zu antworten, sie stimmt die Anträge der Opposition nieder, ohne sich über Sinn und Inhalt Rechenschaft abzulegen.

Das Ansehen des Parlaments und seine Arbeit hängen zum erheblichen Teil davon ab, wie der Präsident des Hauses seine Aufgabe auf faßt und die Geschäfte führt. Der Präsident wird das Parlament zu hohem Ansehen führen, dessen Geschäftsführung zu einer Kritik innerhalb und außerhalb des Parlaments keinen oder nur geringen Anlaß bietet. Der Präsident Ehlers hat mit Recht anlässlich einer Kritik im Bundestag einmal darauf hingewiesen, daß das Ansehen des Präsidenten als Institution durch eine solche Kritik nicht gefördert würde. Die Vorgänge in den letzten Wochen zeigen aber, daß man im

Interesse des Parlaments jetzt eine solche Kritik offen aussprechen muß. Es ist allen Teilnehmern an den Parlamentsverhandlungen mit erschreckender Deutlichkeit zum Bewußtsein gekommen, daß Herr Ehlers sich als Präsident der Mehrheit und nicht als Präsident des Parlaments fühlt.

Bei der Regierungserklärung zu den Verträgen versuchte er im Bundestag die Atmosphäre zu schaffen, wie sie sich der Kanzler angesichts seiner geringen Achtung des Parlaments wünscht. Durch seine außergewöhnlich straffe Handhabung der Geschäftsordnung bei den Darlegungen der Regierungssprecher versuchte er zu erreichen, daß das Parlament sich benahm wie eine Schulklasse, die mit gefalteten Händen die Darlegungen des Lehrers anzuhören hat. Ein solches Verhalten würde den Vorstellungen des Kanzlers sicher gerecht werden. Leider war von dieser straffen Geschäftsführung nichts mehr zu spüren, als die Vertreter der sozialdemokratischen Opposition das Wort hatten. Es wurden weder die beinahe in einem Sprechchor vorgetragenen Urlaute von den hintersten Bänken der Regierungsparteien gerügt, noch wurden dauernde Zwischenrufe und Zwischenreden von den vordersten Bänken der Regierungsparteien als Störung empfunden.

Bei der Beratung des Betriebsverfassungsgesetzes hielt es der Präsident nicht einmal für nötig, die Vertreter aller Fraktionen darüber zu unterrichten, daß die Regierungsparteien die Vereinbarungen im Ältestenrat nicht einhalten wollten. Er betätigte sich sogar teilweise als Scharfmacher dieser Taktik. So erklärte er der Presse, ohne das Parlament irgendwie zu unterrichten, man würde notfalls die ganze Nacht durchtagern. Er gab nach der Mittagspause am ersten Tage der Beratung dieses Gesetzes dem Parlament durch eine versteckte Drohung zu verstehen, daß er den zu einem Abschiedsempfang geladenen Hohen Amerikanischen Kommissar evtl. ansladen würde, wenn das Parlament nicht zeitig genug die Zweite Lesung des Betriebsverfassungsgesetzes beendete. Er unterrichtete bis in die späten Abendstunden des Tages die Mitglieder des Ältestenrats nicht darüber, daß die vereinbarte Sitzung am Schluß der Plenarsitzung nicht stattfindet.

Der Präsident des Bundestages hält in Versammlungen und

Veranstaltungen sehr viele Reden über die Demokratie. Das ist gewiß gut und nützlich, aber alle schönen Reden sind von geringer Bedeutung, wenn in der praktischen Handhabung der Geschäfte das zerschlagen wird, was nun einmal Voraussetzung jeder parlamentarischen Arbeit ist, nämlich Verständigung über die Erledigung der Arbeiten des Parlaments und das Einhalten getroffener Vereinbarungen. Der Präsident hat die Pflicht, sich stets als Vertreter des gesamten Parlaments einzusetzen und bei einem entsprechenden Verhalten der Mehrheit die Rechte der Minderheit insbesondere zu wahren.

Das Ansehen des ersten Parlamentes der Bundesrepublik hat durch seine Präsidenten erheblichen Schaden gelitten. Schlimmer noch als diese Wirkung nach außen muß die Wirkung im Parlament selbst sein. Solange ein Präsident sich als Vertreter einer Mehrheit fühlt, wird sich die Frage erheben, welchen Wert Vereinbarungen über die Abwicklung der Tagesordnung noch haben. Wer zu einer solchen Entwicklung beiträgt, sollte sich über das geringe Ansehen des Parlamentes nicht beklagen.

+ + +

Zwei sozialistische Kongresse

besonderer Art finden im August in Schweden statt. Beide gehören eng zusammen. Vom 1. bis 3. August tagt in Nyköping der christlich-sozialdemokratische Bund der schwedischen Bruderschaftsbewegung, anschließend vom 3. bis 6. August der Internationale Bund der religiösen Sozialisten. Den Auftakt bildet u.a. eine öffentliche politische Versammlung, auf welcher Ministerpräsident Tage Erlander sprechen wird. An zwei Tagen werden die Hauptthemen behandelt: "Die biblische Botschaft vom Reiche Gottes" und "Was hat diese Botschaft vom Reiche Gottes für den Sozialismus und die Kirche heute zu bedeuten?"

Die Konferenzsprachen sind schwedisch, englisch, deutsch und französisch.

+ + +